



Weniger Wildnis im Wohnzimmer

Weniger Wildnis im Wohnzimmer
Deutsche Tier- und Naturschutzverbände fordern Maßnahmen gegen unkontrollierten Wildtierhandel
Zehn Tier- und Naturschutzverbände appellieren an die Bundesregierung, den Handel und die private Haltung von Wildtieren strenger zu reglementieren. In einem gemeinsamen Positionspapier verweisen die Verbände darauf, dass Deutschland in der EU der mit Abstand größte Importeur und Absatzmarkt für lebende Wildtiere ist. Sie fordern, dass keine Wildfänge mehr importiert werden dürfen, damit die Plünderung der Naturbestände für Terrarien und Aquarien aufhört. Für den Heimtiermarkt sollen nur Arten zugelassen werden, die für die Haltung in Privathand geeignet sind. Darüber hinaus kritisieren die Verbände Wildtierbörsen. Ähnliche Ziele sind im Koalitionsvertrag bereits verankert. Die Verbände verlangen nun, dass die Regierung sie zügig umsetzt.
Während es in der EU verboten ist, heimische Wildtiere einzufangen, dürfen Tierbestände in Asien, Afrika und Lateinamerika für den Heimtiermarkt in Deutschland geplündert werden. Hunderttausende wildgefangene Reptilien, Amphibien, Fische und Säugetiere werden in Deutschland legal und ohne Einschränkung verkauft - sogar vom Aussterben bedrohte Arten. "Ein Importverbot für Wildfänge würde das Leben zahlloser Wildtiere retten, die während Fang, Lagerung und Transport sterben - und es würde die Gefahr reduzieren, dass invasive Arten und Krankheitserreger eingeschleppt werden", betont Magnus Wessel, Leiter Naturschutzpolitik beim BUND. Lars Lachmann, Vogelschutzreferent des NABU, sagt: "Seit 2005 gilt in der EU bereits ein Importverbot für Wildvögel. Dies rettete Millionen Vögeln das Leben - und es bereinigte gleichzeitig den Markt in Europa. Hiesige Vogelzüchter können ihre Nachzuchten verkaufen und müssen nicht mehr mit den Dumpingpreisen für Wildfänge konkurrieren."
Viele Wildtiere haben besonders hohe Ansprüche an Futter und Klima. "Handel und Haltung sollten auf solche Arten beschränkt werden, die in Privathand dauerhaft und ihren Bedürfnissen entsprechend gehalten werden können. So würden auch die deutschen Tierheime entlastet, die immer häufiger mit Wildtieren konfrontiert werden", so Henriette Mackensen vom Deutschen Tierschutzbund. Sie verweist auf die Niederlande und Belgien, wo bereits solche Positivlisten für Säugetiere gelten und für Reptilien vorbereitet werden.
In Deutschland finden hunderte von Börsen für Wildtiere statt - darunter die weltweit größte Reptilienbörse. "Auf diesen Märkten werden Wildtiere unter üblen Bedingungen verramscht. Kommerzielle Händler umgehen dabei die strengeren Auflagen für den Zoofachhandel", sagt Sandra Altherr von Pro Wildlife. Die Verbände kritisieren den Verkauf von Wildtieren über Börsen und fordern strenge, verbindliche Regeln.
Die Forderungen an die Bundesregierung wurden von den folgenden Organisationen (in alphabetischer Reihenfolge) unterzeichnet: Animal Public, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Bund gegen den Missbrauch der Tiere, Deutscher Tierschutzbund, Menschen für Tierrechte, Naturschutzbund Deutschland (NABU), People for the Ethical Treatment of Animals (PETA), Pro Wildlife, The Eurogroup against Birdcrime und Vier Pfoten.
Natuschutzbund Deutschland e.V NABU
Charitéstraße 3
10117 Berlin
Telefon: 030/284 984-1510
Telefax: 030-284 984-2000
Mail: presse@NABU.de
URL: <http://www.nabu.de>

Pressekontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Firmenkontakt

Naturschutzbund Deutschland e.V NABU

10117 Berlin

nabu.de
presse@NABU.de

Der Naturschutzbund Deutschland e.V. - NABU - möchte Menschen dafür begeistern, sich durch gemeinschaftliches Handeln für die Natur einzusetzen. Wir wollen, dass auch kommende Generationen eine Erde vorfinden, die lebenswert ist, die über eine große Vielfalt an Lebensräumen und Arten, sowie über gute Luft, sauberes Wasser, gesunde Böden und ein Höchstmaß an endlichen Ressourcen verfügt. Mehr als 390.000 NABU-Mitglieder setzen sich für die Natur ein - als aktive Umweltschützer oder engagierte Förderer. Sie sind in rund 1.500 lokalen Kreisverbänden und Ortsgruppen in ganz Deutschland organisiert und vornehmlich ehrenamtlich tätig.